



Landesbüro Niedersachsen

Online-Veranstaltung

„Ein Gespenst geht um - Wie kann Europa auf den zunehmenden Rechtspopulismus reagieren?“

Dienstag, 05.03.2024

Die Veranstaltung „Ein Gespenst geht um – Wie kann Europa auf den zunehmenden Rechtspopulismus reagieren?“ wurde am 5. März 2024 vom Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert und durchgeführt. Die Durchführung der Veranstaltung erfolgte digital als Online-Podiumsdiskussion.

Zu Beginn des Abends begrüßte **Linda Matzke**, Referentin des Landesbüros Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung, die Gäste des Abends und eröffnete die Veranstaltung. Sie stellt auch **Prof. Dr. Ellen Bos**, Leiterin des Lehrstuhls für Vergleichende Politikwissenschaft an der Andrassy Universität Budapest, vor, welche den Abend mit einem Impulsbeitrag zum Thema Rechtspopulismus in der EU und dem europäischen Umgang mit dem Fall Ungarn einleitete.

Prof. Dr. Bos wies darauf hin, dass seit 2010 weltweit, besonders aber in Europa, ein Erstarken von illiberalen Werten und illiberalen Demokratien zu beobachten sei. Dies habe zu zahlreichen Konflikten innerhalb der EU geführt, wobei das Europäische Parlament sich wiederholt kritisch zu dieser Entwicklung geäußert habe. Insbesondere Polen und Ungarn seien dabei immer wieder in den Fokus der europäischen Öffentlichkeit gerückt. In Ungarn habe der Erdrutschsieg des Parteienbündnisses Fidesz-KDNP bei den Parlamentswahlen 2010 nachfolgend zu grundlegenden institutionellen Reformen geführt, darunter Änderungen der Verfassung, des Wahlgesetzes und des Mediengesetzes. Diese Veränderungen hätten eine Umstrukturierung der Medienlandschaft sowie eine erhebliche Einschränkung der Handlungsmöglichkeiten kritischer Stimmen zur Folge gehabt. Durch neue Gesetze seien zudem die staatlichen Steuerungsmöglichkeiten an den Universitäten erhöht worden. Das System der nationalen

Zusammenarbeit (NER) habe zu systemischer Korruption geführt und die aktuelle Regierung, welche sich durch eine tiefgreifende antipluralistische Haltung auszeichne, weiter verankert.

Im Hinblick auf die Maßnahmen der EU führte Prof. Dr. Bos aus, dass regelmäßige Debatten zur Lage der Demokratie in Ungarn im Europäischen Parlament stattfinden und insgesamt neun rechtsstaatsbezogene Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet worden seien. Trotz dieser Bemühungen seien die Maßnahmen weitgehend wirkungslos geblieben. Sie betonte auch, dass man seit 2017 eine stärker konfliktorientierte Strategie der ungarischen Regierung beobachten kann. Die EU-Verfahren würden von Ungarn als politische Bestrafung dargestellt, was das grundlegende Problem verdeutliche: „*Die EU verfolgt ein Konzept der liberalen Demokratie mit einem breiten Verständnis von Rechtsstaatlichkeit, während Ungarn diesem ein illiberales Demokratiekonzept und ein rein formales Verständnis von Rechtsstaatlichkeit entgegensezten*“, so die Referentin. Abschließend betonte Prof. Dr. Bos die Bedeutung der Stärkung von Demokratie, NGOs und unabhängigen Medien. Die Wahlen in Polen und Eurobarometer-Umfragen zeigten, dass die Werte der EU auch in Ostmitteleuropa eine starke Basis hätten.

Anschließend übernahm **Cosima Schmitt**, die Moderatorin des Abends, das Wort und begrüßte die Teilnehmenden und Referent_innen des Abends. Sie stellte auch **Dr. Tamara Ehs**, Demokratieberaterin aus Wien, vor. Dr. Ehs erläuterte, dass in Österreich die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) seit mehr als einem Jahr auf Platz eins liege und regelmäßig an der 30%-Marke kratze. Anfangs sei davon ausgegangen worden, dass Rechtspopulist_innen in Regierungsverantwortung häufig an ihrer eigenen Inkompotenz und Unerfahrenheit scheitern würden. Dies habe sich jedoch geändert, da die FPÖ inzwischen in der politischen Landschaft Österreichs fest verankert sei und insbesondere über soziale Medien eine enorme Reichweite erziele. Rechtspopulist_innen würden von Amtszeit zu Amtszeit gefährlicher werden, da sie dazulernten und man deutlich beobachte, dass sie sich immer besser zu organisieren wissen.

Cosima Schmitt stellte anschließend, **Manon Luther**, Kandidatin für das Europäische Parlament aus Braunschweig, vor. Sie wurde von der Moderatorin gefragt, was sie als junge Person zur politischen Arbeit motiviere. Luther betonte, wie wichtig es sei, dass sich mehr junge Menschen politisch engagierten. Sie wies darauf hin, dass viele junge Menschen die großen Integrationsschritte der EU nicht aktiv miterlebt hätten und die EU für sie oft als selbstverständlich gelte. Gerade deshalb sei es wichtig, dass junge Menschen für eine Zukunft der EU kämpften, um zu verteidigen, was oftmals als selbstverständlich wahrgenommen werde. Insbesondere

junge Frauen würden von rechten Parteien gefürchtet und daher sei es besonders wichtig, dass sie eine politische Stimme haben und diese aktiv nutzen um sich gegen rechte Politik einzusetzen.

Nach dem Statement der jungen Politikerin stellte die Moderatorin den letzten Gast der Diskussionsrunde, **Marco Schwarz**, Referent für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel, vor. Schmitt fragte ihn, wie er die Organisation des rechten Spektrums innerhalb der EU bewerte. Der Referent betonte, dass ein grundlegendes Verständnis der Struktur wichtig sei. Er hob hervor, dass sich das rechte Spektrum hauptsächlich in drei Fraktionen gliedere: die ID-Fraktion (Identität und Demokratie) mit Mitgliedern wie der AfD und dem Rassemblement National aus Frankreich, die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) mit rechtspopulistischen Parteien wie der PiS (Polen) und der Partei von Meloni (Italien), sowie die Fidesz, welche die Europäische Volkspartei (EVP) verlassen hat und seitdem fraktionslos ist.

Schwarz wies auf die Bedeutung der bevorstehenden Europawahlen hin, die ein Indikator für die Verbreitung des Rechtspopulismus in Europa seien. Umfragen deuteten auf Zuwächse hin, sodass Rechtsaußen-Parteien insgesamt zur drittgrößten Kraft werden könnten. Er betonte die Notwendigkeit, dass die Politik auf diese Entwicklungen reagiere und demokratische Werte verteidige. Auf die Nachfrage der Moderatorin, ob es denn auch positive Entwicklungen gebe, erklärte Schwarz, dass die EU beispielsweise mit dem Green Deal und auch im Sozialbereich bedeutende Fortschritte erzielt habe. Er unterstrich, dass man die EU und ihre Institutionen nicht mit nationalen Regierungen vergleichen könne. Auch betonte Schwarz, dass „*(...) die EU in den Krisen der letzten Jahre ihre Handlungsfähigkeit immer wieder unter Beweis gestellt hat*“.

Daran anknüpfend stellte die Moderatorin die Frage, ob eine positive Entwicklung, wie sie derzeit in Polen zu beobachten sei, auch in Ungarn denkbar wäre. Gemäß Prof. Dr. Bos sei eine solche Entwicklung in Ungarn nicht ausgeschlossen, obwohl Unterschiede bestünden. Es dürfe nicht vergessen werden, dass die Größe des Landes, die Anzahl urbaner Zentren, die Organisation der Opposition und die Pressefreiheit sehr unterschiedlich in beiden Ländern seien. Die Situation in Ungarn sei durch eine fragmentierte, schlecht organisierte Opposition gekennzeichnet; doch der aktuelle Begnadigungsskandal um Staatspräsidentin Novák und ihr daraus resultierender Rücktritt zeige, dass Veränderungen möglich wären.

Zur Frage, wie die EU auf Mitgliedsländer reagieren könne, die sich von demokratischen Werten entfernen, merkte Schwarz an, dass die Koppenhagener Kriterien grundlegend seien, aber nicht ausreichend bedacht wurde, was bei einer demokratischen Rückentwicklung zu tun sei. Er kritisierte, dass die EU zu lange gezögert habe, gegen Länder wie Ungarn vorzugehen, hob jedoch hervor, dass neue Instrumente wie der jährliche Bericht zur Rechtsstaatlichkeit eingeführt worden seien und Brüssel nun versuche, die Versäumnisse nachzuarbeiten. Im Fall von Ungarn habe EU-Parlamentarier_innen gehofft, dass die letzten Wahlen zu einem Regierungswechsel führen würden, doch müsse man anerkennen, dass diese Wahlen zwar frei, jedoch durch die starke Einschränkung der Opposition, nicht als fair einzustufen seien.

In der Diskussion um Maßnahmen zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedsländern stimmte auch Dr. Ehs den Vorredner_innen Prof. Dr. Bos und Schwarz zu. Gleichzeitig hob sie auch die Bedeutung der Rolle der Europäischen Volkspartei hervor. Sie kritisierte, dass Fidesz lange von der EVP geschützt worden sei und dass es innerhalb der EVP eine Verschiebung nach rechts gegeben habe. Sie plädierte auch für die Stärkung von Bürger_innen, Zivilgesellschaft und lokalem Journalismus und betonte, dass Europa einen „*Rechtsschutz von unten*“ brauche.

Auf eine Frage aus dem Publikum, wie die EU mit Austrittsdrohungen umgehen könne, erläuterte Dr. Ehs dass man aktuell häufig ein Phänomen des "quiet quitting" beobachten könne, was so viel hieße wie „*ich gehe nicht, ich kündige nicht, aber ich bin auch nicht mehr aktiv mit dabei*“. Auch betonte sie die Verantwortung der EU gegenüber den Bürger_innen, die nicht für Parteien wie Fidesz stimmten. Besonders die unterdrückte Zivilgesellschaft und Journalist_innen würden darunter leiden, wenn die EU Länder wie Ungarn ausstoßen würde.

Luther stimmte ihrer Vorrednerin zu und ergänzte zudem, dass rechtspopulistische Parteien zunehmend versuchten, die EU von innen zu entkernen. Viele von ihnen lehnten die Wertegemeinschaft ab und streben danach, die EU auf eine rein wirtschaftliche Kooperation zu reduzieren. Daher reiche es nicht, nur pro-europäisch zu sein, sondern man müsse auch „*(...) klar Stellung beziehen, wo rechte, illiberale und undemokratische Kräfte versuchen, die Wertegemeinschaft der EU in Frage zu stellen.*“

Daran anknüpfend betonte Dr. Ehs auch die Bedeutung von Bürgerforen. Diese dienten dazu, dass Teilnehmende als Multiplikator_innen fungieren und das Erlernte in ihre Zivilgesellschaften tragen. Sie betonte, es gäbe viele Möglichkeiten, sich einzubringen, doch vielen Bürger_innen sei

gar nicht bekannt, welche Angebote es zum politischen Dialog gebe. Daher müsse mehr Arbeit in die Bekanntmachung dieser Möglichkeiten gesteckt werden, um grenzüberschreitenden Austausch zu fördern. Die Referentin unterstrich zudem die Notwendigkeit, lokalen Journalismus zu fördern, der auch zur Aufdeckung von Korruption beitragen könne, und merkte an, dass zwar bereits Schritte in diese Richtung unternommen worden seien, jedoch noch mehr getan werden müsse.

Marco Schwarz fügte hinzu, dass, Parteien bessere Angebote machen müssten, wenn die Menschen nicht rechtspopulistisch oder rechtsextrem wählen sollen. Er verwies auf die zahlreichen Herausforderungen der letzten Jahre, wie die Krise der Asylpolitik, die Corona-Pandemie und den Angriffskrieg Russlands, bei denen die EU oft als Rückhalt und führende Hand fungiert habe. Deutschland trage zwar viel zur EU bei, profitiere aber auch stark.

Anschließend fragte die Moderatorin die Referentin Luther, was ihrer Meinung nach die EU zusammenhalte. Luther betonte, dass besonders in Anbetracht der Bedrohung durch Russland, der schwierigen Beziehungen zu den USA und China und der Tatsache, dass die USA nicht mehr der stabile Partner von einst seien, diese Frage von großer Bedeutung sei. Ihrer Meinung nach zeigten diese Bedrohungen, dass der Kern der EU weit mehr ausmache als nur Zahlungen, Wirtschaft und Profit. Es gehe um Werte, Zusammenhalt und die Fähigkeit, Krisen gemeinsam mit dem Rückhalt der Mitgliedstaaten zu bewältigen.

Als die Moderatorin dieselbe Frage an Prof. Dr. Bos richtete, stimmte diese ihrer Vorrrednerin zu und betonte, dass Kompromissbereitschaft und die Fähigkeit zur Konsensfindung wesentlich seien. Sie warnte davor, dass es problematisch werde, wenn immer mehr Akteure versuchten, ihre eigenen nationalen Interessen durchzusetzen. Was eine Gemeinschaft zusammenhalte, seien gemeinsame Werte, ein gemeinsames Fundament und Solidarität. Es dürfe nicht nur darum gehen, was man zahle und was man daraus ziehe. Der Krieg in Europa zeige, dass neben wirtschaftlichen Interessen eben auch gemeinsame Werte und kulturelle Grundlagen die EU verbinde.

Zum Abschluss fassten die Referent_innen zusammen, wie Zivilgesellschaft und Politik gegen Rechtspopulismus vorgehen können. Schwarz plädierte für Kommunikation, Zuhören und konkrete Leistungen. Luther hob hervor, dass die Annahme, Jugendliche seien grundsätzlich progressiv, überdacht werden müsse und dass es wichtig sei, EU-Bürger_innen die Folgen rechtsextremer oder rechtspopulistischer Politik deutlich zu machen. Dr. Ehs empfahl, die Inhalte

dieser Veranstaltung im Gespräch mit Nachbarn weiterzugeben und diese am nächsten Wahltag mitzunehmen und zum Wählen zu motivieren. Prof. Dr. Bos schloss mit dem Aufruf, nicht zu schweigen, über Politik zu sprechen und nicht nur dem Negativen Aufmerksamkeit zu schenken, sondern auch die positiven Seiten der EU und ihre Errungenschaften zu thematisieren.